

Adligenswil, wie weiter?

Der Gemeinderat hat sich für den Status quo plus entschieden, nachdem er zur Überzeugung gelangt ist, dass dies dem Wohl der Bevölkerung am meisten dient. Adligenswil soll eine eigenständige Gemeinde bleiben und in den Bereichen und mit den Gemeinden zusammenarbeiten, wo es Sinn macht. Somit empfiehlt der Gemeinderat den Stimmberechtigten



nach fundierten Abklärungen und Diskussionen, aus dem Projekt «Starke Stadtregion Luzern» auszusteigen. Für den Gemeinderat Adligenswil gibt es keine Notwendigkeit, die Szenarien Fusion oder verstärkte Kooperation weiter zu verfolgen.

Wie sieht Adligenswil im Jahr 2030 aus?

Adligenswil ist eine fortschrittliche, starke und autonome Gemeinde mit rund 6000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Sie ist nach wie vor sehr attraktiv dank ihrer Lage inmitten der Natur zwischen Dotten- und Dietschberg und den wunderschönen Wohnlagen. Die Finanzen sind gesund, der Steuerfuss liegt unter jenem der Stadtregion, das Leistungsangebot ist gut und das Wachstum moderat und qualitativ. Adligenswil ist ein begehrtes Wohndorf mit interessierten und interessanten Einwohnern, hat viele aktive Vereine, zeitgemässe Schul- und gute Einkaufsangebote, moderne Infrastrukturen, sinnvolle Verkehrsverbindungen, den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechende schul- und familienergänzende Angebote und ein positives Image. Die Gemeinde zeichnet sich ganz besonders durch Bürgernähe mit kurzen und unbürokratischen Wegen zwischen Bevölkerung, Wirtschaft, Gewerbe und Behörde/Verwaltung aus. Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, «ihre Gemeinde» und damit ihren unmittelbaren Lebensraum selber zu gestalten.

Die Adligenswilerinnen und Adligenswiler stehen füreinander ein und fühlen sich hier sicher und wohl. Die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden wird in sinnvollen Bereichen ausgebaut, gefördert und gepflegt. Darum heisst unser Szenario nicht Status quo, sondern Status quo plus.

IHRE GEMEINDEPRÄSIDENTIN
URSI BURKART-MERZ



Aus Sicht des Gemeinderats besteht keine Notwendigkeit, Werte, die Adligenswil auszeichnen, aufs Spiel zu setzen.

«Starke Stadtregion Luzern»

Gemeinderat empfiehlt den «Status quo» und aus dem Projekt «Starke Stadtregion» auszusteigen

Nach eingehender Prüfung des Schlussberichtes der Projektsteuerung «Starke Stadtregion Luzern» und nach Abwägung aller Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken hat der Gemeinderat Adligenswil entschieden, aus dem Projekt «Starke Stadtregion» auszusteigen. Der Gemeinderat ist überzeugt davon, dass die Gemeinde dank den eigenen Stärken – hohe Wohnattraktivität und Lebensqualität, gesunde Finanzen, aktives Gemeinwesen und grosse Identität – die Voraussetzungen und das Potenzial hat, auch in Zukunft eigenständig bleiben zu können. Er beantragt deshalb der Stimmbürgerschaft, das Projekt «Starke Stadtregion» nicht weiterzuverfolgen.

An der Gemeindeversammlung vom 26. Mai 2009 haben Sie mit knapper Mehrheit beschlossen, der Steuerungsgruppe «Starke Stadtregion Luzern» beizutreten mit dem Ziel, sich an der Abklärungsphase der beiden Szenarien «Fusion» und «verstärkte Kooperation» zu beteiligen. Dabei wurde Ihnen versprochen, nach erfolgter Abklärung wiederum entscheiden zu können, ob sich Adligenswil am weiteren Projekt «Kooperation oder Fusion» beteiligen soll oder aus dem Projekt aussteigen und eigenständig bleiben will.

Während gut eineinhalb Jahren haben sieben Fachgruppen sowie ein Projektausschuss, bestehend aus Behördenmitgliedern und Mitarbeitenden der beteiligten Gemeinden, die Grundlagen für die beiden Szenarien «verstärkte Kooperation» und «Fusion» erarbeitet. Es wurden nur diese beiden Szenarien, nicht aber das Szenario «Status quo» abgeklärt. Begleitet wurden sie dabei von einer externen Projektleitung. Eine Begleitgruppe aus je zwei Personen der beteiligten Gemeinden hat das Projekt aus Sicht der «Weichen Faktoren» beurteilt. Eine Arbeitsgruppe «Abstimmungen» hatte überdies den Auftrag, verschiedene Fragen

für die anstehenden Entscheide in den Gemeinden zu klären.

Gestützt auf die Ergebnisse der Untersuchungen hat die Projektsteuerung den Schlussbericht erarbeitet, welcher am 28. März 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Vorschläge der Projektsteuerung basieren auf den Vorarbeiten der Fachgruppen. Die Projektsteuerung hat deren Resultate aus politischer Sicht gewichtet und daraus entsprechende Schlüsse gezogen.

Szenario «verstärkte Kooperation»

Bereits heute arbeiten die Gemeinden in zahlreichen Bereichen zusammen, dies jedoch in unterschiedlichen Zusammensetzungen und Organisationsformen (siehe Kasten Seite 3). An das Szenario «verstärkte Kooperation» wurde die Bedingung gestellt, einen wesentlichen Schritt über das heutige Kooperations-Niveau hinauszugehen und dadurch eine neue Qualität der Kooperation zu erreichen. Um die Anforderungen an eine «verstärkte Kooperation» zu erfüllen, entwickelte die Projektsteuerung das Modell des Mehrzweckgemeinerverbandes (MZGV). Im Szenario «verstärkte Kooperation» sind die beteiligten Gemeinden verpflichtet, in denjeni-

gen Aufgabenbereichen, die in den MZGV eingebracht werden, obligatorisch zusammenzuarbeiten.

Das Leitungsgremium des MZGV besteht gleichzeitig aus Vorstand und Delegiertenversammlung mit je einem Delegierten aus den fünf Gemeinden und einer Geschäftsleitung. Die Stimmkraft ist abhängig von der Einwohnerzahl einer Gemeinde (max. 49%). Dem MZGV werden insbesondere folgende Aufgaben übertragen:

- vorwiegend operative Aufgaben in den Bereichen Kommunikation, Finanzen/Steuern, Immobilien, Personal und Informatik,
- Führung eines Betriebsamtes,
- Organisation der familienergänzenden Kinderbetreuung und der Musikschule,
- Schaffung einer Kulturfachstelle, die für die regionale Kulturförderung in der Stadtregion zuständig ist,
- Betrieb und Unterhalt von Infrastrukturbauten und Strassen, Wegen und Plätzen, die im Eigentum der Gemeinden bleiben,
- Übernahme von operativen Aufgaben im Bereich der Raumentwicklung, bei den Baubewilligungen sowie im Natur- und Umweltschutz,
- Gewährleistung der Alters- und Krankenpflege, wobei die Führung aller Heime sowie der Spitex einem privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Träger übergeben wird.

Die fünf Gemeindeverwaltungen bleiben beim Modell MZGV mit reduzierten Aufgaben bestehen. In Bereichen wie Finanzen/Steuern oder Raumentwicklung, bei denen der MZGV nur den operativen Teil übernimmt und der strategische Teil bei den Gemeinden verbleibt, verfügen die Gemeinden nach wie vor über eigenes Personal. Beispielsweise werden die Gemeinden weiterhin einen Finanzverantwortli-

chen haben, obwohl die operativen Aufgaben in diesem Bereich an den MZGV ausgelagert sind.

Der MZGV finanziert sich durch leistungsabhängige Beiträge der beteiligten Gemeinden sowie durch Gebühren. Eine Kompetenz, eigene Steuern zu erheben, hat der MZGV nicht. Strategische Aufgaben wie Rechtsetzung, Bestimmung der Bau- und Zonenpläne oder Festsetzung des Steuerfusses verbleiben bei den Gemeinden. Auch andere wichtige Bereiche wie die Volksschule, die Einwohnerdienste oder die Sozialämter sind von der Bildung des MZGV nicht betroffen.

Im Modell MZGV werden die Mehrausgaben auf 0,3 bis 10,3 Mio. Franken pro Jahr geschätzt. Nicht eingerechnet sind einmalige Aufwendungen für die Umstellung. Die Projektsteuerung geht von einem Beitrag des Kantons in heute noch nicht bekannter Höhe aus.

Fazit der Projektsteuerung

Mit der Schaffung eines MZGV wird das Ziel verfolgt, eine verbindlichere, übersichtlichere und effizientere Kooperation zwischen den Gemeinden zu erreichen. Die Abklärungen haben zum einen gezeigt, dass über einen MZGV die Koordination unter den Gemeinden verbessert wird und sich Synergien nutzen lassen. Zum anderen wurde jedoch deutlich, dass eine verstärkte Kooperation über einen MZGV zu neuen Schnittstellen und damit zu zusätzlichem Koordinationsaufwand führt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass dem MZGV in erster Linie ope-

Fortsetzung auf Seite 2



Bürgernähe: das Gemeindehaus mitten im Dorf.

In dieser Ausgabe

Schule	
Spannende Ateliertage	6 / 7
Jugend	
Engagierte und vorbildliche Jugendliche	8 / 10
Vereine	
Frauenbund-Damen trafen Bundesrätin	12
Kultur	
Ereignisreiche Sommertage	15



Fortsetzung von Seite 1

rative Bereiche delegiert werden, während die entsprechenden strategischen Kompetenzen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden verbleiben. Falls dem MZGV jedoch auch strategische Kompetenzen übertragen würden, führte dies zu einer Aushöhlung der Souveränität der bestehenden Gemeinden und indirekt zu einer vierten Staatsebene. Von der Projektsteuerung wird dieses Modell nicht empfohlen.

Szenario «Fusion»

Im Szenario «Fusion» wird aus den fünf beteiligten Gemeinden ein neues Gemeinwesen mit rund 150 000 Einwohnern geschaffen. Das 60-köpfige Stadtparlament wird im Proporzverfahren in fünf Wahlkreisen gewählt. Die Stadtregierung besteht aus fünf vollamtlichen Mitgliedern, die im Majorverfahren in einem Wahlkreis bestimmt werden.

Im Gegensatz zum Szenario «verstärkte Kooperation» werden im Szenario «Fusion» sämtliche Aufgabengebiete einer Gemeinde zusammengelegt. Für bestimmte Aufgabengebiete – Einwohnerdienste, Steuerverwaltung, Sozialamt etc. – sollen weiterhin dezentrale Anlaufstellen bestehen bleiben. Gleichzeitig soll im Fall einer Fusion die Quartier- und Stadtteilpolitik verstärkt werden. Für das Personal wird ein neues Personalrecht erarbeitet. In der Übergangsphase vor dem Inkrafttreten der Fusion wird ein unabhängiges Gremium (Spezialkommission) gewählt, das die zukünftige Gemeindeordnung erarbeitet. Anschliessend wird diese der Stimmbevölkerung zur Abstimmung unterbreitet. Im Fusionsvertrag sollen bestimmte Anliegen der bisherigen Gemeinden – beispielsweise die Nutzung des Flugplatzes Emmen oder die Erhaltung von grünen Zonen wie den Sonnenberg oder den Dottenberg etc. – verankert werden.

Für das neue Gemeinwesen wird der im Zeitpunkt der Fusion tiefste Steuerfuss der involvierten Gemeinden (2010 Luzern 1,75 Einheiten) übernommen. Zuzugewinnen durch die tieferen Steuern (ca. 21,3 Mio. Franken) und dem reduzierten Beitrag aus dem kantonalen Finanzausgleich um 1,9 Mio. Franken werden die Mehrausgaben auf total 4,7 bis 26,5 Mio. Franken geschätzt (Mittelwert 15,6 Mio. Franken). Nicht eingerechnet sind einmalige Aufwendungen für die Umstellung, die

Aufwendungen für den Sozialplan für Mitarbeitende sowie Abgangsschädigungen an Exekutivmitglieder. Die Projektsteuerung geht von einem Beitrag des Kantons in heute noch nicht bekannter Höhe aus.

Fazit der Projektsteuerung

Mit einer Fusion wächst die Stadtregion zu einer politischen Einheit zusammen. Dass zukünftig in funktionalen Räumen geplant und auch entschieden werden kann, ist insbesondere für strategisch wichtige Politikfelder wie beispielsweise die Raumentwicklung und die Verkehrsplanung von Nutzen. Durch eine Fusion lassen sich der Koordinationsaufwand reduzieren und Synergiepotenzial zwischen den Gemeinden nutzen. Gleichzeitig führen grössere Strukturen jedoch tendenziell zu komplexeren Abläufen, wodurch gewisse Effizienzgewinne wieder kompensiert werden. Die Projektsteuerung empfiehlt das Szenario «Fusion» zur Weiterverfolgung.

Beurteilung des Gemeinderates

Es obliegt nun den beteiligten Gemeinden, zum Schlussbericht der Projektsteuerung Stellung zu nehmen und einen Entschluss zu fassen, welches Szenario weiterverfolgt werden soll, das heisst, ob in der nächsten Phase ein Kooperationsvertrag oder ein Fusionsvertrag ausgearbeitet werden soll oder ob die Gemeinde aus dem Projekt aussteigen und eigenständig bleiben soll. Der Gemeinderat Adligenswil hat den Schlussbericht eingehend behandelt. Dabei ging es darum, die Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken einer «verstärkten Kooperation», einer «Fusion» oder des «Status quo» zu diskutieren und Beschluss zu fassen, welches Szenario der Gemeindeversammlung vom 29. November zur Beschlussfassung beantragt werden soll. Der Rat teilt die Meinung der Projektsteuerung, das Szenario «verstärkte Kooperation» nicht weiter zu verfolgen. Dieses Modell ist kompliziert, schwerfällig, undemokratisch und somit schlecht tauglich. Somit geht es darum, die Vor- und Nachteile, die Chancen und Risiken einer allfälligen Fusion zu beurteilen.

Vorteile: Bei einer Fusion könnten sich insbesondere in den Bereichen Raumordnung und Verkehr sowie Koordination und Nutzung von Synergien Vorteile ergeben. Der Gemeinderat ist allerdings der Ansicht, dass

diese Bereiche auch durch eine regionale Zusammenarbeit optimiert werden können. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass bei der Raumordnung und dem Verkehr der Kanton bereits heute koordinierend wirkt und wesentlich darüber entscheidet.

Fazit: Der Gemeinderat ist überzeugt, dass mit einer optimierten regionalen Zusammenarbeit die möglichen Vorteile einer «Starken Stadtregion» ebenso erreicht werden können, ohne zu fusionieren.

Risiken: Der Gemeinderat hat festgestellt, dass der Schlussbericht im Bereich «Finanzen und Steuern» bei einer Fusion von einem Defizit von 4,7 bis 26,5 Mio. Franken ausgeht und deshalb als Risiko beurteilt werden muss. **Steuerfuss:** Adligenswil hat heute 1,9 Einheiten, die Stadt Luzern 1,75 Einheiten. Für den Gemeinderat ist es fraglich, ob der Steuerfuss der Stadt Luzern, welcher als Basis für die «Starke Stadtregion» gilt, auch künftig gehalten werden kann. So hat der Stadtrat Luzern in seinem Bericht vom 29. September 2010 an den Grossen Stadtrat zum Sparpaket 2011 wörtlich geschrieben:

«Obwohl sich der Finanzhaushalt der Stadt Luzern per Ende 2009 in einem gesunden Zustand präsentierte, ist für die kommenden Jahre mit einer sehr schwierigen Entwicklung zu rechnen. Hohe Ertragsausfälle infolge der kantonalen Steuergesetzrevisionen 2008 und 2011 fallen zusammen mit bedeutenden Mehrbelastungen, insbesondere im Zusammenhang mit der neuen Pflegefinanzierung, der Sanierung der Pensionskasse und den direkten und indirekten Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Zusätzlich besteht ein hoher Investitionsbedarf.» Gemäss den kürzlich erfolgten Presseberichten müssen auch Emmen und Kriens grosse Defizite und eine Zunahme der Verschuldung verzeichnen. Bei einer Fusion würde somit kein finanzieller Gewinn entstehen, sondern vielmehr ein Verlust. Zudem sind die Umsetzungskosten und ein allfälliger Kantonsbeitrag noch unbestimmt.

Fazit: Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Gemeinde Adligenswil mit ihren gesunden Finanzen – hohe Steuerkraft, stabiles Steuersubstrat, laufende Verringerung der Schulden – auch in Zukunft die Voraussetzungen und das Potenzial einer eigenständigen und starken Gemeinde hat, ohne zu fusionieren.

Nachteile: Bei der Abwägung aller Vor- und Nachteile hat der Gemeinderat festgestellt, dass für die Bevölkerung der Gemeinde Adligenswil wesentlich mehr zu verlieren als zu gewinnen hat.

Selbstbestimmung und Mitsprache: Die Selbstbestimmung in wesentlichen Gemeindeangelegenheiten – Stichworte Ortsplanung, Finanzen, Festlegung Steuerfuss – geht verloren. Die Mitsprache und Mitbestimmung werden wesentlich eingeschränkt. So hätte Adligenswil als kleinste Fusionsgemeinde im besten Falle mathematisch nur zwei der insgesamt 60 Sitze im künftigen Parlament (3,7 % der Gesamtbevölkerung). Zu erwähnen ist allerdings, dass auch diese Sitze keineswegs garantiert sind, weil Adligenswil zusammen mit Ebikon und Teilen der Stadt Luzern einen Wahlkreis bilden würde.

Infrastruktur: Adligenswil verfügt über sehr gute Infrastrukturanlagen wie Schulhäuser, Gemeindezentrum, Kanalisationen, Wärmeverbund, eine gut funktionierende Wasserversorgung auf genossenschaftlicher Basis etc. Einerseits könnten wir nicht mehr allein über den Unterhalt, die Erneuerung oder den Ausbau entscheiden und andererseits müssten wir die teilweise veralteten und sanierungsbedürftigen Infrastrukturen anderer Gemeinden mitfinanzieren. Die Wasserversorgung würde in eine private oder öffentliche Körperschaft, welche sich im Besitze der fusionierten Stadt befindet, ausgelagert.

Verkehrspolitik: Adligenswil verfügt über sehr gute Verkehrsverbindungen im privaten und öffentlichen Verkehr und über ein gut ausgebautes Strassennetz. Alle Quartierstrassen sind Sackgassen und mit Tempo 30 verkehrsberuhigt. Nebst dem Verlust, selber über die Verkehrspolitik zu entscheiden, besteht die Gefahr, dass aufgrund der zunehmenden Mobilität Quartierstrassen zu Durchgangsstrassen würden und somit Mehrverkehr die Folge wäre.

Ortsplanung: Adligenswil ist eine Wohngemeinde mit attraktiven Wohnzonen, Grünflächen und Naherholungsbioten. Adligenswil hat eine überschaubare Grösse. Wir können über die Bauzonen und somit über das Wachstum selber bestimmen. Bei einer Fusion könnten wir über unsere Orts- und Sied-

lungsplanung nicht mehr selber bestimmen und wären einem zunehmenden Siedlungsdruck ausgeliefert. Ein übermässiges Wachstum wäre die Folge.

Lebensqualität: Adligenswil hat eine hohe Lebensqualität, gut funktionierende Netzwerke, eine überschaubare Grösse und bietet eine hohe Sicherheit. Zudem verfügt Adligenswil über ein grosses Angebot an innovativen Handwerkern, Gewerbe-, Dienstleistungs-, Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben und auch über gute Einkaufsmöglichkeiten. Bei einer Fusion würde Adligenswil zu einem Aussenquartier der Stadt ohne echte Kompetenzen. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Lebensqualität sinken würde und das Interesse und die Motivation an Vereins- und Freiwilligenarbeit verloren ginge. Zudem würde die Anonymisierung zunehmen, was sich negativ auf unsere Gesellschaft auswirken würde. Durch die Einführung von einheitlichen Leistungen, welche die Stadt bereits heute auf hohem Niveau anbietet, würden massive Mehrkosten entstehen.

Gemeindeservice: Adligenswil verfügt heute über eine gut funktionierende Gemeindeverwaltung mit verschiedenen Dienststellen und einem Haus- und Werkdienst, welche effiziente und serviceorientierte Dienstleistungen erbringen und dank ihrer Nähe schnell erreichbar sind. Bei einer Fusion würden diese Dienstleistungen vor Ort grösstenteils wegfallen mit der Folge, dass Arbeitsplätze verloren gehen und der Weg zum «Amt» für unsere Einwohnerinnen und Einwohner grösser wird. Diesbezüglich müssen wir insbesondere auch an die ältere Generation denken.

Bildung und Sport: Adligenswil verfügt über eine innovative und qualitativ gute Schule und eine attraktive Infrastruktur für Bildung und Sport. Bei einer Fusion würden wir die Selbstbestimmung über die Ausgestaltung der Schule, der Musikschule und über die Benutzung der Sportanlagen und Vereinsräumlichkeiten verlieren.

Fazit: Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die vielen Nachteile und Risiken einer Fusion die wenigen möglichen Vorteile und Chancen weit übertreffen.



Weiche Werte und Faktoren

Nebst den messbaren Faktoren, welche gegen eine Fusion sprechen, sind auch die sogenannten weichen Werte von zentraler Bedeutung – Stichworte: persönliche Identität, Leben in der Gemeinschaft, emotionale Nähe zwischen EinwohnerInnen und Behörden/Verwaltung sowie Image. Es ist eben nicht so, dass nur der Gemeindegemeinde, das Wappen und allenfalls Strassenamen ändern. Es geht um mehr – um das Zusammenleben in einer überschaubaren Dorfgemeinschaft. Eine Fusion bedeutet deshalb auch:

- Verlust von Heimat, Heimatgefühl und Zusammenhalt
- Anonymität statt Gesellschaftsleben
- Desinteresse und Demotivation für Freiwilligenarbeit, Vereinsleben und wichtige Institutionen wie die Feuerwehr
- Verlust der Bürgernähe zur Verwaltung und zu den Behörden
- Verlust von wichtigen demokratischen Institutionen wie Kommissionen und Gemeindeversammlungen

Fazit: Der Gemeinderat schätzt und anerkennt jene Errungenschaften, welche aus einer Gemeinde eine wohnliche und attraktive Gemeinde machen. Es besteht keine Notwendigkeit, diese Werte, welche unsere Gemeinde auszeichnen und eben «typisch Adlige» sind, aufs Spiel zu setzen.

Chancen für Eigenständigkeit

Der Gemeinderat hat sich intensiv mit der Frage beschäftigt, ob Adligenswil auch ohne Fusion lebens- und überlebensfähig in Zukunft bestehen kann. Yes, we can!

Adligenswil ...

- ist eine attraktive Wohngemeinde mit einer hohen Lebensqualität
- hat ein Wachstumspotenzial als Wohn-, Arbeits- und Naherholungsgemeinde. Dies zeigt auch die gegenwärtige Revision der Ortsplanung, mit welcher der Gemeinderat die hohe Lebens- und Wohnqualität auch in Zukunft erhalten und fördern will
- hat eine gesunde und gute soziale Durchmischung
- hat gesunde Finanzen
- hat ein aktives Gemeinwesen mit einer hohen Stimmbeteiligung sowie einem aktiven Vereins-, Kultur- und Sportleben

- hat eine gut ausgebaute Infrastruktur in den Bereichen Ver- und Entsorgung, Bildung, Verkehr
- arbeitet erfolgreich in vielen gemeindeübergreifenden Bereichen wie Entsorgung, Soziales, Bildung, öffentlicher Verkehr, Kultur etc. mit anderen Gemeinden zusammen
- hat ein gutes Image und wäre für eine Fusion zweifelsfrei eine attraktive Braut

Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass

- eine Fusion für die Bevölkerung von Adligenswil wesentlich mehr Nachteile als Vorteile hätte,
- wir das Selbstbestimmungsrecht über unsere Gemeinde verlieren würden,
- das Mitspracherecht bei einer fusionierten Stadt sehr eingeschränkt würde,
- eine Fusion den Verlust der Demokratie auf kommunaler Ebene zur Folge hätte,
- kein finanzieller Gewinn entstehen würde,
- Adligenswil die Voraussetzungen und das Potenzial hat, eigenständig zu bleiben,
- die Zeit für eine Fusion für Adligenswil noch nicht reif ist; eine spätere Fusion aber jederzeit möglich ist,
- wir eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und in denjenigen Bereichen befürworten, wo es Sinn macht,
- für Adligenswil weder eine politische noch gesellschaftliche Notwendigkeit für eine Fusion besteht.

Fazit: Aufgrund all dieser Überlegungen ist der Gemeinderat überzeugt, dass für die Bevölkerung von Adligenswil die Selbständigkeit der Gemeinde viel mehr Vorteile aufweist als eine Fusion mit der Stadt Luzern und den übrigen Gemeinden der Stadtregion. Er lehnt daher weitere Fusionsverhandlungen ab und setzt stattdessen auf Zusammenarbeit in denjenigen Bereichen, in denen es Sinn macht.

Der Gemeinderat ist sich seiner Verantwortung bewusst, dass eine fast 800-jährige Geschichte der Gemeinde Adligenswil und damit ein Zusammenwachsen zu einer Dorfgemeinschaft nicht ohne Notwendigkeit aufgegeben werden darf – dies gegenüber jenen Generationen, welche dies geschaffen haben und insbesondere gegenüber jenen Generationen, welche nach uns folgen.

Antrag des Gemeinderates

Nach eingehender Abwägung und Würdigung aller Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken, hat der Gemeinderat beschlossen, auf die Einleitung von weiteren Fusionsverhandlungen zu verzichten, den «Status quo» beizubehalten und eigenständig zu bleiben. Der Gemeinderat wird deshalb an der Gemeindeversammlung vom 29. November 2011 beantragen, aus dem laufenden Projekt «Starke Stadtregion Luzern» auszusteigen.

Ausblick

Bei der Abstimmung an der Gemeindeversammlung am 29. November geht es um einen wichtigen Vorentscheid für unsere Gemeinde, in welche Richtung es weitergehen soll. Es werden die Weichen für die Zukunft der Gemeinde Adligenswil gestellt. Entweder stellen wir die Weichen in Richtung «Erarbeitung eines Fusions- oder Kooperationsvertrages» oder wir stellen die Weichen gemäss dem Vorschlag des Gemeinderates in Richtung «Adli-

genswil bleibt eine eigenständige Gemeinde» und wir steigen aus dem Projekt aus. Es liegt nun an Ihnen, geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger, und an den Parteien, sich darüber Gedanken zu machen und die richtigen Schlüsse zu ziehen. In der Botschaft zur Gemeindeversammlung vom 29. November werden wir Ihnen die Gründe unseres

Entscheidung nochmals ausführlich darlegen. Im Weiteren werden wir am 28. September eine Informationsveranstaltung durchführen. Nachdem an der Gemeindeversammlung vom 29. November mit einer grossen Teilnehmerzahl zu rechnen ist, findet die Versammlung in der Tennishalle Stöckenweg, Adligenswil, statt.

GEMEINDERAT ADLIGENSWIL

Auswahl bestehender Zusammenarbeit in Verbänden oder mit Gemeinden

- Verband Luzerner Gemeinden (VLG)
- Gemeindeverband LuzernPlus (24 Gemeinden)
- Gemeindeverband Amtsvormundschaft Luzern-Land (16 Gemeinden)
- Sozialdienst Adligenswil / Udligenswil / Meierskappel
- Regionale Kulturförderung (RKK) (17 Gemeinden)
- Bibliotheksverband Region Luzern (BVL) (7 Gemeinden)
- Gemeindeverband Recycling Entsorgung Abwasser Luzern (REAL) (22 Gemeinden)
- Feuerwehr Udligenswil und Meggen
- Zivilschutzorganisation Emme (20 Gemeinden)
- Sekundarstufe 1 mit Udligenswil
- Schulische Dienste (Schulpsychologie, Psychomotorik, Logopädie) (7 Gemeinden)

Rechnungen an der Gemeindeversammlung genehmigt

Die Stimmberechtigten genehmigten an der Gemeindeversammlung vom 31. Mai die Jahresrechnung 2010 sowie die beiden Bauabrechnungen Kanalisationsviadukt Gämpi und Ausbau der Ebikonerstrasse. Zudem liessen sie sich über das Projekt «Starke Stadtregion Luzern» und den Entscheid des Gemeinderates ausführlich orientieren.

Die Rechnung 2010 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 651 634 Franken sehr erfreulich ab. Bei einem budgetierten Defizit von 242 207 Franken schloss sie somit um 893 841 Franken besser ab als erwartet. Während das Budget bei den ordentlichen Steuern um 377 207 Franken nicht erreicht wurde, ergaben sich bei den Sondersteuern (Handänderungs- und Grundstückgewinnsteuern), bei den Sondersteuern auf Kapitalauszahlungen, bei den Nach- und Strafsteuern sowie bei den Nachkommens-Erbschaftssteuern Mehrträge von insgesamt 818 000 Franken. Diese Sondersteuern sind bei der Budgetierung jeweils nur schwer abschätzbar. Minderaufwendungen ergaben sich in den Bereichen «Allgemeine Verwaltung, Bildung und Soziale Wohlfahrt» von

insgesamt 463 650 Franken. Im Bereich «Verkehr» führte die Auflösung einer seit mehreren Jahren bestehenden Rückstellung von 290 000 Franken zur Verbesserung des Rechnungsergebnisses. Zufolge des guten Rechnungsabschlusses konnte auf die Entnahmen aus dem Spezialfonds der allgemeinen Fürsorge von 180 000 Franken und dem Steuerausgleichsfonds von 250 000 Franken verzichtet werden. Die Gemeindeversammlung hiess die Rechnung 2010 mit grosser Mehrheit gut. Ein Antrag der SP Adligenswil, vom Ertragsüberschuss einen Betrag von 200 000 Franken in eine Anschubfinanzierung für die Stärkung Adligenswils als Familiendorf einzulegen, wurde abgelehnt. Im Weiteren stimmte die Gemeindeversammlung den beiden Bauab-

rechnungen für die Sanierung des Kanalisationsviaduktes Gämpi und für den Ausbau der Ebikonerstrasse mit grosser Mehrheit zu. Während die Sanierung des Kanalisationsviaduktes Gämpi eine Kostenunterschreitung von knapp 400 000 Franken aufwies, musste bei der Bauabrechnung für den Ausbau der Ebikonerstrasse eine Kostenüberschreitung von 444 000 Franken verzeichnet werden.

Am Schluss der Gemeindeversammlung orientierte Gemeindepräsidentin Ursi Burkart-Merz die Versammlungsteilnehmer ausführlich über das Projekt «Starke Stadtregion Luzern» und den Entscheid des Gemeinderates, aus dem laufenden Projekt auszusteigen und eigenständig zu bleiben (siehe ab Seite 1).

WALTER TSCHUPPERT
GEMEINDESCHREIBER